

Begrenzte Möglichkeiten - zum Kampf einzelner Belegschaften gegen Entlassung und Werksschließung (Fragmente einer Kritik)

1. **Kein Platz mehr für Solidarisierung?**

Neulich las ich in der Frankfurter Rundschau die Besprechung des Buches „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, ein sozialwissenschaftliches Werk, das in zahlreichen Interviews mit Menschen aus den unterschiedlichsten Berufen, „die alltäglichen Leiden an den gesellschaftlichen Verhältnissen“ in Deutschland dokumentiert. Darin heißt es u.a.:

„Das eigentlich Schockierende ist gleichwohl das Ausmaß, in dem so gut wie alle Gesprächspartner bereit sind, sich und ihr Schicksal isoliert zu betrachten, losgelöst von den ähnlich gelagerten Erfahrungen anderer.... Immer wieder offenbart Gesellschaft mit begrenzter Haftung eine Welt von Einzelkämpfern und Individualisten. Das Soziale, so kommentieren die Forscher, "privatisiert" sich Ein fatalistisch-resignativer Grundton durchzieht auf bedrückende Weise fast alle der Gespräche. Es kann nicht weiter überraschen, dass eine solche Perspektive auf die eigene Umwelt keinen Platz mehr lässt für Solidarisierungseffekte. Schlimmer noch, der tägliche Kampf um materielles und symbolisches Kapital zehrt die Individuen auf, verschleißt ihre Kräfte, lässt sie müde und erschöpft zurück.“

Gute, ja großartige Zeiten für den Neoliberalismus! Der Mensch der Gegenwart, so würde man es im Boxerjargon sagen, ist angezählt. Ihm nun noch die letzten Stöße zu verpassen und in die viel gepriesene, sozial weitgehend entsicherte Eigenverantwortung zu entlassen, dürfte ein Leichtes sein, viel Widerstand wird es vorerst nicht geben.“

In dieser Situation sind solidarische, kollektive Aktionen des sozialen Widerstandes selten und erlangen eine besondere Bedeutung, unabhängig davon, wie erfolgreich sie sind. Die Verständigung über gemeinsame Interessen von Lohnabhängigen, das gemeinsame Handeln wider die ökonomische Vernunft, die Durchbrechung einer Logik, die alles Soziale privatisieren will, ermöglichen ein soziales Erlebnis und Lernprozesse, ohne die jede Aussicht auf soziale Emanzipation von den Zwängen und verheerenden Folgen der Kapitalverwertung aufgegeben werden muss.

2. **Existenzielle Unsicherheit - die alltägliche Bedrohung durch das Kapital**

1985 wurde ich als Maschinenschlosser in einem mittelständischen Maschinenbaubetrieb zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Wir wollten gemeinsam der Willkür „des Alten“ Grenzen setzen und die eine oder andere materielle Verbesserung unserer Lage durchsetzen. Bereits meine Antrittsrede auf der ersten Belegschaftsversammlung führte zum Eklat. Der „Alte“ drohte, die Fabrik zu schließen, wenn wir das von mir vorgetragene Programm durchsetzen wollten. Die Aktion ging damals von der Belegschaft aus und der Kapitalist reagierte. Damals stand die Drohung mit Werksschließung noch nicht auf der allgemeinen gesellschaftlichen Tagesordnung, erzielte aber gleichwohl eine durchschlagende Wirkung bei den Kolleginnen und Kollegen. Aus Angst, der „Alte“ könne Ernst machen, sprach mir die Belegschaft mit der gleichen überwältigenden Mehrheit, mit der sie mich gewählt hatte, das Misstrauen aus.

Heute kann man jede Woche in Zeitungen und anderen Medien davon lesen, dass Unternehmensführungen damit drohen ein Werk zu schließen. Die Aktion geht vom Kapital aus. Die meisten Drohungen zielen darauf ab, Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten, Verzicht auf Urlaub, Verzicht auf Weihnachtsgeld etc. durchzusetzen.

Einen allgemeinen, solidarischen Widerstand der Lohnabhängigen dagegen gibt es nicht, allenfalls, den Widerstand einzelner Belegschaften. Die ökonomische Logik der Marktwirtschaft wird weitgehend akzeptiert.

3. Der „Sachzwang“ ökonomischer Logik und der Kampf einzelner Belegschaften für die Sicherung von Lohnarbeitsplätzen

Wer wenig Geld hat, gibt es aus, um zu konsumieren, wer viel Geld hat, gibt es aus, um es zu vermehren.

Investoren verfügen über Geldmengen, deren Ausgabe eine Anlage ist, die das eingesetzte Geld vermehren soll. Könnten diese Menschen ihr Geld nicht anlegen, um es zu vermehren, wäre der Besitz dieser Geldmengen völlig sinnlos. Die Macht der Geldbesitzer steckt in der Funktion und Macht des Geldes in dieser Gesellschaft.

Es ist zunächst einmal egal, ob der Geldbesitzer ein mittelständischer Unternehmer oder irgendein superreicher Milliardär ist, er will eine möglichst hohe Rendite.

Die Logik der Geldvermehrung bestimmt die Vorgänge in jedem einzelnen Unternehmen. Je stärker der Druck der angeblich so nützlichen und seelig machenden Konkurrenz, je ungehinderter sie sich entfalten kann, desto schmerzhafter die Maßnahmen zur Kostensenkung (Entlassungen, Lohnkürzungen etc.).

Im Kapitalismus ist die Existenz der Lohnabhängigen grundsätzlich an die Vermehrung der Geldvermögen gebunden. Die Geldbesitzer haben – trotz aller gegenteiligen Bekundungen – nicht primär ein soziales Interesse an der Erhaltung von Lohnarbeitsplätzen, sondern sie haben nur ein ökonomisches Interesse an solchen Lohnarbeitsplätzen, die ihr eingesetztes Geld vermehren. Lohnarbeit, die das angelegte Geld nicht vermehrt, oder nicht genug vermehrt, fällt den Kostensenkungsprogrammen zum Opfer.

Soll die lohnabhängige Existenz in einem Unternehmen trotz ungenügender Rendite erhalten werden, so stellt das die Logik der Geldvermehrung, die ökonomische Funktion der Geldbesitzer und ihre Macht in Frage und wirft damit die Frage nach der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel auf. Die lohnabhängige Existenz in einem Einzelbetrieb trotz ungenügender Rendite sichern, das würde verlangen, dass die Geldbesitzer sich mit niedrigerer Rendite zufrieden geben, oder gar bereit wären, ihr Geld für soziale Zwecke herzugeben, ohne es zu vermehren. Das könnte allenfalls durch politische, staatliche Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden, widerspräche aber sowohl der ökonomischen Logik, wie dem individuellen Freiheitsgrundsatz der Verfassung. Illusionär wäre das somit in einem doppelten Sinn.

a) könnte es niemals von einer Belegschaft durchgesetzt werden und

b) würde es im Sinne einer allgemeinen, politischen Lösung die Vermehrung des vorgeschossenen Geldes, den Zweck von Geldanlage und Investition, und damit den ökonomischen, durch Geld vermittelten gesellschaftlichen Reproduktionsprozess blockieren.

Jedes Einzelunternehmen ist in das Marktgeschehen eingebunden, Es kauft Rohstoffe, Vorprodukte, Energie etc. verarbeitet sie und verkauft das so erzeugte Produkt auf dem Markt. Jedes Einzelunternehmen ist ein Teilkonsument und ein Teillieferant der arbeitsteiligen gesellschaftlichen Gesamtproduktion. Dieses Einzelunternehmen etwa gegen den Willen der Geldbesitzer und Eigner des Unternehmens weiterzuführen, setzte – von allen sonstigen Widerständen einmal abgesehen - voraus, dass

- sowohl die Lieferanten der Rohstoffe, Vorprodukte etc. weiter liefern
- alle Kreditlinien weiter funktionieren, also die Banken mitspielen
- die Abnehmer weiter bereit sind, zu kaufen.

Man wäre also darauf angewiesen, dass auch andere Geldbesitzer diesem Vorhaben mindestens wohlwollend gegenüberstünden. In einem aber sind sie sich alle einig: am Privatinteresse der Geldvermehrung von Vermögenden darf nicht gerüttelt werden! Wo kämen wir denn hin, wenn privates Interesse sich dem Gemeininteresse beugen müsste? Die Gesellschaft kann angeblich nur funktionieren und das Wohl aller gemehrt werden, wenn das Streben nach persönlicher Bereicherung als Grundprinzip der Produktionsverhältnisse (Ökonomie) anerkannt und geschützt wird.

Obwohl die Wirklichkeit diesem Wunderglauben an die Mehrung des Gemeinwohls durch das Streben von Privatpersonen nach persönlicher Bereicherung täglich widerspricht, werden die Menschen damit gnadenlos von geschwätzigen Politikern bombardiert und für dumm verkauft.

Die Insellösung eines Unternehmens, dass keinen ausreichenden Profit abwirft oder eines von einer Belegschaft übernommenen Unternehmens könnte allenfalls eine Lösung auf Zeit sein. Sie wäre auf gar keinen Fall eine Lösung für alle Unternehmen, die in die Krise geraten. Unter den Bedingungen eines allgemeinen Verdrängungswettbewerbs in Folge sinkender Renditen, der zunehmenden Staatsverschuldung, ist die dauerhafte Subventionierung von Unternehmen keine realistische Variante. Und auch hier gilt, dass eine einzelne Belegschaft so etwas niemals erzwingen könnte.

4. Durchbrechung und Akzeptanz der ökonomischen Logik – zum Kampf der Bochumer Opelbelegschaft

War also die tagelange „Informationsveranstaltung“ der Bochumer Opelbelegschaft im Herbst 2004 nichts als eine Illusion? Ohne jede Perspektive?

Zunächst:

Das Bochumer Opelwerk wurde (noch) nicht geschlossen. Den Preis, den die Beschäftigten dafür zu zahlen hatten war hoch. (Lohneinbußen etc.) Angebot und Annahme der Abfindungen in beachtlicher Höhe lagen ganz auf der Linie der „Privatisierung des Sozialen“. Solche Angebote sprechen die Einzelnen an, sollen ihn oder sie für die vorgeschlagene Lösung der Schwierigkeiten der Kapitalverwertung empfänglich machen, sollen die einzelnen Lohnabhängigen dazu bringen, zu Hause zu rechnen, statt mit den Kolleginnen und Kollegen darüber zu beraten, für welche gemeinsamen Ziele man wie kämpfen kann. Ein fetter Köder, in den eine ganze Anzahl von Leuten aus sehr verständlichen und nachvollziehbaren Gründen gebissen hat. Das individuelle Durchrechnen eines Abfindungsangebotes ist ein Stück individueller Lebensplanung und bedeutet die Akzeptanz des ökonomischen Sachzwangs, der kapitalistischen Lösung des Konflikts. Das individuelle Durchrechnen des Abfindungsangebotes bedeutet auch, dass mitten in der Gemeinschaftsaktion die Einzelnen bereits darüber nachdenken, was diese Gemeinschaftsaktion für sie als Einzelne und nicht etwa für die Gemeinschaft bringt. Eine wirkungsvolle Waffe zur Entsolidarisierung!

Trotzdem gilt es festzuhalten:

- Ca. eine Woche lang wurde die Ware Opelauto nicht produziert und folglich konnte Opel diese nicht produzierte Ware auch nicht verhökern und in Geld umwandeln.
- Damit stockte und stoppte für ca. eine Woche die Verwertung eines Einzelkapitals, das ökonomische Gesetz der Verwertung von Wert war einen Moment lang und einem Ort durch die Aktion der Belegschaft außer Kraft gesetzt.
- Die Menschen verweigerten einen Moment lang nicht nur dem abstrakten, ökonomischen Sachzwang ihre Gefolgschaft, sondern auch den Funktionären des Kapitals. Sie folgten nicht dem fremden Kommando über ihre Arbeitskraft. Sie wurden „vertragsbrüchig“ und stellten damit auch das Rechtsgefüge der kapitalistischen Warenproduktion in Frage.

Was hier gesagt ist, gilt natürlich für jede Streikaktion: sie durchbricht den ökonomischen Sachzwang, und setzt zumindest für einen Moment an die Stelle des ökonomisch-sachlichen Funktionierens der beteiligten Individuen die solidarische, bewusste Aktion der Gemeinschaft. Ohne solche Aktionen sind die Lohnabhängigen nichts weiter als VerkäuferInnen von Ware Arbeitskraft und damit vollständig der Marktlogik und der Willkür des Einzelkapitals ausgeliefert. Ohne solche Aktionen kann es auch keine gesellschaftliche Perspektive zur Überwindung des Systems der Lohnarbeit geben und damit keine Perspektive zur Überwindung von Mangel, Armut und existentieller Unsicherheit.

In solchen solidarischen Gemeinschaftsaktionen wird der Status „VeräußerIn von Ware Arbeitskraft“, der immer ein Status der Vereinzelung ist, für einen Moment aufgehoben. Solche solidarischen Gemeinschaftsaktionen sind die einzige Möglichkeit, die Vereinzelung der Einzelnen aufzuheben und soziale Fähigkeiten zu erlernen, die benötigt werden, um den Kapitalismus überwinden zu können.

Besonders jetzt, unter den Bedingungen der neoliberalen Offensive (siehe Eingangsbemerkungen), der um sich greifende Ohnmacht, können solche Aktionen gar nicht hoch genug bewertet werden!

Festzuhalten bleibt aber auch:

Die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann sich auf weitgehende Akzeptanz der Lohnabhängigen stützen. Will sagen, auch bei Opel akzeptiert die Mehrheit der Beschäftigten

- die eigene lohnabhängige Existenz
- die gesellschaftliche Produktion von Waren für den Markt durch eigentumsrechtlich voneinander unabhängige Unternehmen
- die Notwendigkeit des Einzelunternehmens Profit zu erwirtschaften
- die Anhäufung von privatem Geldreichtum, dessen einziger Zweck es ist, sich selbst zu vermehren.

Diese Akzeptanz erstreckt sich nicht vollständig auf die sozialen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Will sagen:

- die Menschen leiden unter dem Kommando anderer über ihre Arbeitskraft, wenn es als ungerecht oder willkürlich empfunden wird und dieses Kommando eine Verschlechterung der eigenen Lage mit sich bringt.
- die Menschen leiden unter Mangel oder Einschränkung im Angesicht des überschießenden Reichtums
- die Menschen leiden unter Arbeitsbedingungen (Stress, Überanstrengung, schlechte Luft, Nacht- und Schichtarbeit etc.)
- die Menschen leiden inzwischen vor allem und zunehmend unter der existenziellen Unsicherheit, drohender Lohnarbeitslosigkeit und Armut, die sich einstellt, wenn die Geldvermehrung nicht funktioniert, das Kapital sich nicht erfolgreich verwertet.

Wer gegen drohende Lohnarbeitslosigkeit kämpft, die Lohnabhängigkeit und die damit verbundenen Produktionsverhältnisse aber akzeptiert, hat die Denkverbote schon im eigenen Kopf. Die Perspektiven des Kampfes sind von vornherein sehr eingeschränkt und eine Vernunft ist schon verankert, die die Niederlage akzeptiert und die Menschen beugt. Ein gesellschaftlicher Sachzwang, der wie eine Naturnotwendigkeit empfunden wird, setzt sich als Einsicht und Resignation durch und bestimmt letztlich das Handeln der Einzelnen.

Die allgegenwärtige Lösung des Widerspruchs besteht in einer vorprogrammierten Niederlage. Einzelne Belegschaften können sicher Zugeständnisse von Seiten des Kapitals ertrotzen, aber die Niederlage nicht vermeiden.

Eine Perspektive für die Zukunft entsteht nur dann, wenn die Erkenntnis sich breit macht, dass das System der Lohnarbeit selbst die Ursache von Lohnarbeitslosigkeit und existenzieller Unsicherheit ist.

Die herrschende ökonomische Vernunft ist asozial. Je mehr sie das Denken der Menschen beherrscht, desto mehr werden wir alle den Wechselfällen von Kapitalverwertung ausgeliefert sein und uns abhängig machen von der Bereicherung der Geldbesitzer. Wer die bestehende Ordnung akzeptiert, darf sich über deren Folgen nicht wundern.

Wenn Lohnabhängige existentielle Unsicherheit und Armut vermeiden und überwinden wollen, müssen sie sich wieder als Solidargemeinschaft organisieren, um das Privateigentum an Produktionsmitteln und damit das System der Lohnarbeit selbst abzuschaffen.

5. Von der Kritik der Privatisierung des Sozialen zum Bedürfnis nach Vergesellschaftung (mögliche Perspektiven)

Doch kann das überhaupt gehen? Ist das nicht Schnee von gestern? Hat der „reale Sozialismus“ nicht bewiesen, dass die Abschaffung von Privateigentum und Markt zum „Verlust der Freiheit“ führt und außerdem nichts als Mangel und minderwertige Gebrauchswerte erzeugt? Gibt es noch eine Realität, an die man zumindest theoretisch anknüpfen könnte, um das Funktionieren und die Vorteile geplanter Produktion und Versorgung jenseits des Marktes vorstellbar zu machen?

Das Kapital strebt nach Privatisierung alles Sozialen. Seine höchste Entwicklung hat es erst dann erreicht, wenn es „auch die als gesellschaftlich gesetzten Bedürfnisse des Individuums, ... deren Weise der Konsumtion der Natur der Sache nach eine gesellschaftliche ist, auch diese durch den Austausch, den individuellen Austausch nicht nur konsumiert, sondern auch produziert.“ (Grundrisse, S. 431)

Die Perspektive heißt Totalität des Marktes. Auch die in Deutschland verbliebenen Reste der sogenannten „öffentlichen Daseinsvorsorge“ wie etwa die Wasserversorgung sollen dem Markt und seinen „Naturgesetzen“ überantwortet werden. Der wachsende Überschuss an Geldkapital sucht nach Anlagemöglichkeit und Verwertung zu möglichst großer Rate und ist so der Motor der „Privatisierung öffentlicher Güter“. (Es gibt noch verschiedene gesellschaftliche Bereiche, die auf vollständige „Umstrukturierung“ durch die profitgeile Privatisierungsmafia warten: schulische Ausbildung, Gesundheitswesen, Pflege der Straßen etc. In den USA wurden sogar Gefängnisse „mit Erfolg“ privatisiert.)

Beispiel „Wasserwirtschaft“

Die Wasserwirtschaft in Deutschland lässt immer noch erahnen, das grundlegende materielle Bedürfnisse der Menschen sehr effektiv und obendrein vergleichsweise ökologisch nachhaltig ohne Markt befriedigt werden können. Die Wasserversorgung liegt noch immer in den Händen der Kommunen, ist monopolisiert, sozusagen ein Stück „Planwirtschaft“, vom Schutz der Wassergebiete, der Rückgewinnung bis zur unmittelbaren Versorgung der „Verbraucher“. Kein „Verbraucher“ käme auf den Gedanken, die Wasserwirtschaft privatisieren zu wollen, etwa, weil es Mangel an Wasser gäbe oder schlechte Qualität. Man weiß hingegen, wozu die Privatisierung führt! Aus anderen Ländern ist bekannt, dass die „Privaten“ gern an der teuren Pflege des Netzes sparen, was zu Leckagen und Verunreinigungen führt, die dann mit dem Zusatz von Chemikalien kompensiert werden sollen. Das Kapital lässt aber nicht locker und es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis die Geldbesitzer eine neue Möglichkeit erschlossen haben, ihr nach Vermehrung gierendes Geld, anzulegen. Die Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz davon. Hier tummeln sich die Marktapologeten und verkünden überall und ständig, dass Planwirtschaft zu Mangel und schlechter Qualität führen muss und es keine Alternative zum Markt gibt.

Radikal-kapitalismuskritische Linke suchen oft nach Ansatzpunkten für eine Argumentation gegen den „Marktwahn“, für die Plausibilität und Effizienz von „Planwirtschaft“. Noch findet man diese Ansatzpunkte selbst in der kapitalistischen Gesellschaft. Zu selten wird die Bedeutung der „Privatisierung öffentlicher Güter“ erkannt und die Möglichkeiten und Perspektiven, die in deren Kritik liegen.

Wenn Alltagskämpfe gegen Werksschließungen, Massenentlassungen und Lohnarbeitslosigkeit eine Perspektive erhalten sollen, dann muss die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Gedanke der Planwirtschaft neu gegründet und wieder populär werden. Nur auf diese Weise könnten Kämpfe einzelner Belegschaften Bausteine für die Bildung einer umfassenden, großen sozialen Bewegung werden, die sowohl die Potenz hätte, das Kapital in seine Schranken zu weisen oder es zu überwinden.

Jede kollektive Widerstandsaktion gegen die asozialen Auswirkungen der ökonomischen Logik des Marktes ist ein praktisches Dementi auf die Privatisierung des Sozialen, weil die Lohnabhängigen sich durch diese gemeinschaftlichen Aktionen ihrer vollständigen Reduktion auf VerkäuferInnen von Ware Arbeitskraft (Marktsubjekte) verweigern. Aber ohne die gesellschaftliche Perspektive der Vergesellschaftung der Produktionsmittel bleiben die Aktionen weitgehend isoliert voneinander und hinterlassen die Ohnmacht und Resignation von „Einzelkämpfern und Individualisten“. Erst wenn gesellschaftliche Planung von Produktion und Verteilung wieder positiv besetzt und zum Leitgedanken des sozialen Widerstands werden, wird eine wechselseitige Unterstützung und Potenzierung der sozialen Bewegungen, eine um sich greifende Organisation, möglich. Der Widerstand gegen die „Privatisierung öffentlicher Güter“ (solange es noch was zu privatisieren gibt) wäre ein Feld sozialer Auseinandersetzung, auf dem die genannte gesellschaftliche Perspektive von neuem gewonnen werden könnte.

Bochum, den 19.09.2005

Robert Schlosser